

Jahres-Forum der NG/FH

»Links neu denken«

Zum Thema diskutierten am 12. Mai in einem öffentlichen Forum der NG/FH in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin Franziska Augstein, Journalistin bei der Süddeutschen Zeitung und Publizistin, Michael Brie, Philosoph und Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Sven Giegold, Mitbegründer von Attac-Deutschland und Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament, sowie Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance und Publizistin. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

Thomas Meyer: Die Linke hat in den vergangenen Jahren an drei Widersprüchen gelitten. Der erste besteht zwischen der Attacke der Märkte auf den Rest der Gesellschaft mit der Folge von Ungleichheit, Krisen, Unsicherheit und Umweltzerstörung, die nach linken Antworten schreit, und den Erfahrungen, dass diese ausbleiben oder in der öffentlichen Debatte kein Gehör finden. Zweitens sind Dreiviertel der Menschen in Europa für eine soziale Demokratie, die Parteien, die dafür stehen, befinden sich aber fast überall in der Defensive. Und wir haben in der Bundesrepublik jetzt eine Situation, in der das Mitte-Links-Lager die zahlenmäßige Mehrheit besitzt, seine Akteure aber politisch nicht zusammen finden.

Tony Judt hat kürzlich in New York ein Gespräch zwischen herausragenden Köpfen der sozialen Demokratie aus aller Welt organisiert. Als linke Alternative zum neoliberalen *Washington-Konsens* wurde dort nach der Adresse des Tagungsortes der *Washington Square-Konsens* formuliert:

Eine politische Alternative zum gescheiterten Marktfundamentalismus – national, regional und global; ein universalistischer Wohlfahrtsstaat – in allen Ländern; soziale Bürgerschaft, Sicherheit als soziales Bürgerrecht; Kampf gegen soziale Ungleichheit, der Mutter aller Übel moderner Gesellschaften, Überwindung von Armut; soziale und politische Bündnisse zur Verwirklichung eines solchen Projekts

unter Einbeziehung der Mittelklassen; ein solidarischer Individualismus; nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten.

Ist das ein Angebot für einen handlungsorientierten Dialog zwischen den Akteuren von Mitte-Links?

Gesine Schwan: Das ist noch stark in den Traditionen nationalstaatlicher Politik verhaftet und einer Sozialanalyse, welche die neuen Akteure linker Politik nicht genügend einbezieht. Es ist zu sehr an der Tradition des Westens und zu wenig an den Aspekten der Globalisierung orientiert. Der Kern linker Politik besteht darin, die gleiche Würde aller Menschen ernst zu nehmen. Es geht um die gleiche Freiheit aller Menschen, das gleiche Selbstbestimmungsrecht, aber auch die gleiche Pflicht, dieses Selbstbestimmungsrecht der anderen anzuerkennen und in die Bedingungen der eigenen Freiheit einzubeziehen.

Linke Politik muss dafür sorgen, dass wirklich alle eine Chance auf gleiche Bildung und Selbstbestimmung bekommen. Linke Politik besteht nicht darin, dass Unternehmen unter dem modernen Begriff der *Corporate Social Responsibility* Ausstellungen über Paul Klee oder Initiativen für behinderte Menschen organisieren, sondern darin, dass sie die Verantwortung für die Folgen ihres Handelns für die gesamte Gesellschaft übernehmen.

Es reicht dafür nicht mehr, bestimmte soziale Schichten oder Klassen anzuspre-

chen, sondern all die Akteure, die über nationale Grenzen hinweg Verantwortung für die gleiche Würde aller Menschen übernehmen wollen. Das sind weiterhin die traditionellen politischen Akteure, aber eben auch zivilgesellschaftliche Initiativen, sofern sie sich vertrauenswürdig um das Gemeinwohl bemühen. Und es sind schließlich Akteure aus dem Privatsektor.

Meyer: Gesine Schwan beschreibt also das linke Projekt als eine Politik der Solidarität, die dafür sorgt, dass die gleiche Würde aller Menschen im realen Leben gewährleistet wird, eine jenseits von Klasseninteressen und -verfestigungen angesiedelte Politik. Michael Brie, wie definieren Sie heute links?

Michael Brie: Der Kapitalismus steckt in einer umfassenden Wirtschafts-, Finanz-, Ernährungs- und Klimakrise. Hunderte Milliarden werden ausgegeben, um diesen Finanzmarktkapitalismus zu retten und Schlimmeres abzuwehren. Es gibt auch

keine Alternative dazu. Ich bin geprägt durch den Zusammenbruch eines Staates. Vor dieser Erfahrung beschäftigt mich die Frage: Wieso sollte das weitergehen?

Auch die Linke ist in der Krise, in gewisser Weise gibt es sie gar nicht mehr, nur noch viele linke Gruppen und Leute, die links gestimmt sind. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland würde dem von Ihnen formulierten Konsens sofort zustimmen. Aber wir haben Probleme, wie daraus eine gesellschaftlich handlungsfähige Linke entsteht.

Zum Einen: Wollen alle Repräsentanten linker Parteien wirklich linke Politik? Nicht selten entsteht durch deren Handeln der Eindruck, dass diese »Linken« vor allem Macht und Reichtum wollen und nicht das, was das Leben der Menschen wirklich verbessert. Überzeugend war Hannelore Kraft im NRW-Wahlkampf. Sie geht in die Betriebe, macht Pflegearbeit, redet mit den Leuten. Die Linke muss wieder ins Volk gehen.

Und: Wir müssen linke Politik auch *wollen*. Wir haben in den letzten 10, 15 Jahren erlebt, dass die Lohnquote runtergegangen ist, die Gewinne gestiegen sind und sich gleichzeitig entgegen aller Versprechungen die Investitionsquote halbiert hat. Das FES-Papier »Deutschland 2020« weist ökonomisch nach: Eine Politik der Mindestlöhne, höherer Löhne und Sozialausgaben sowie höherer Vermögenssteuern führt am Ende zu mehr Wachstum. Sie wird zur ökologischen Politik und unterstützt den Ausbau von Dienstleistungen, sie macht die unteren Schichten reicher und die oberen deshalb nicht ärmer. Ohne die Klassenfrage im Detail zu thematisieren, eine linke Politik misst sich daran, dass – wie Frau Schwan gesagt hat – die Würde auch der Letzten in der Gesellschaft gewahrt wird.

Wir müssen endlich den Mut haben, linke Politik auch zu machen. Ich rate der Linkspartei, endlich aus den Schützengräben herauszukommen und sich für eine gemeinsame linke Politik zu engagieren. Ich schlage aber auch der SPD und den Grünen vor, nach der Ablehnung gemeinsamer Koalitionen in Thüringen, im Saarland, in Hamburg und Hessen endlich das Experiment zu wagen – gerade in NRW, dem größten deutschen Bundesland: Es ist an der Zeit, auch mit Blick auf 2013, diesen Weg zu gehen!

Meyer: Klären wir zunächst die Ausgangspunkte dafür. Finden Sie, Herr Giegold, im *Washington Square-Konsens* und in dem, was Ihre Vorredner gesagt haben, Ansatzpunkte, von denen Sie sagen können: Das teilen die Grünen, von da aus können wir gemeinsame Schritte gehen?

Sven Giegold: Bei den Überschriften sind wir uns zunehmend einig. Danach beginnen die Unterschiede. Ihre Punkte haben noch eine sehr nationalstaatliche Perspektive. Ich bin skeptisch, ob man einfach national umverteilen kann und dann die

Wirtschaft wieder in Gang kommt und das Umweltproblem gelöst wird. Es ist kein Zufall, dass die Linke mehr oder weniger in ganz Europa aus den Regierungen verschwunden ist und dort, wo sie regiert, in der Regel keine linke Politik macht. Die Ursachen dafür sind systemischer Natur. Dahinter stecken Prozesse der Individualisierung und dadurch auch Veränderungen von Interessenlagen. Das unterminiert auf der nationalen Ebene die Zustimmung zu dem beschriebenen Projekt.

Auf der anderen Seite erleben wir die Globalisierung, die in Europa vor allem als Europäisierung daherkommt und die Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Demokratien insofern verändert hat, als es z.B. schwerer geworden ist, Kapital zu besteuern und umzuverteilen, zugleich es jedoch für die entgegen stehenden Interessen leichter geworden ist, mit der Exit-Option zu drohen. Dazu kommt eine vielfach tabuisierte Seite der Migration, die die Kräfteverhältnisse innerhalb der Nationalstaaten substanziell verändert hat. Auf jeden Fall ist es auf der nationalen Ebene schwerer geworden, soziale Demokratie durchzusetzen.

Meinen wir beim Stichwort »nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten« immer das Gleiche? Sehr viele in der Sozialdemokratie denken nach wie vor: »Im Grunde kann das mit unserem Wirtschafts- und Konsummodell so weiter gehen, wir machen das jetzt nur ein bisschen nachhaltiger«. So haben wir den Konflikt um die Kohle, in manchen Ländern den Konflikt um die Atomindustrie.

Durch den Aufstieg der Schwellenländer erleben wir jetzt einen Typus von Knappheiten, der uns künftig sehr viel stärker prägen wird. Rohstoffe, die wir bislang weitgehend allein genutzt haben, müssen wir nun mit Anderen teilen oder wir werden die Konsequenzen in Form explodierender Preise, von Treibhausgas-effekten, mangelnder Biodiversität und Naturzerstörung gemeinsam auszubaden

haben, wobei die Armen das Problem stärker auszubaden haben als die Reichen. Für mich stellt sich auch die Frage nach dem Wohlstandsmodell, das ist mehr als nachhaltiges Wirtschaften. Sie lässt sich nicht mehr national, sondern nur noch global beantworten, Die Linke muss also entweder international bzw. europäisch werden – oder sie wird *nichts* sein!

Meyer: Das waren drei Akteure, die politischen Parteien zugehören. Sie, Frau Augstein, sind eine engagierte Beobachterin. War für Sie in dem bisher Vorgetragenen ein Ansatz enthalten, um links neu zu denken?

Franziska Augstein: Mir hat das Wichtigste gefehlt. Zunächst möchte ich Michael Brie widersprechen. Ich glaube, die Linke hat derzeit eine größere Chance als in den vergangenen 15 Jahren. Seit Kurzem darf man wieder vom »Kapitalismus« reden. In den 90er Jahren war dieses Wort außer Gebrauch gekommen, weil es weithin als ausgemacht galt, dass es außer dem Kapitalismus nichts anderes gäbe, und daher die gegebene Wirklichkeit auch nicht »Kapitalismus« genannt werden dürfte. Die Finanzkrise hat dazu beigetragen, bestimmte Widersprüche so eklatant zutage zu fördern, dass auch die Wirtschaftsteile der großen Zeitungen das Problem nicht mehr umgehen können. Jetzt besteht die Möglichkeit, eine größere Allianz zu schmieden als bisher.

Bisher gab es die schlecht Verdienenden, die gar nicht Verdienenden und eine *benevolente* Mittelschicht, die sagt, sie sei solidarisch mit den anderen. Sie alle zusammen können die globalen Probleme nicht lösen. Man muss sie zusammen mit denen lösen, die in der Gesellschaft »oben« sind. Eine Chance hat die Finanzmarkt-krise gezeigt: Viele Unternehmen müssen Profite erzielen, die unter Umständen höher liegen als das, was sie ursprünglich angestrebt haben – allein, um eine feind-

liche Übernahme durch irgendeinen Fonds zu verhindern. Das hindert die Unternehmen daran, langfristig und klug zu wirtschaften. Das müsste dazu führen, dass es in den oberen Schichten der Gesellschaften aller Länder einen Bruch gibt zwischen den Interessen der Finanzspekulant*innen und den Interessen all derjenigen, die produzieren, andererseits. Dazu zählen Reiche und Arme, Unternehmer, Angestellte und Arbeiter. Das wäre eine Möglichkeit, auf die Politik einzuwirken, denn diese zweite Gruppe wäre eine derart starke Lobby, dass sie à la longue möglicherweise sogar die Regierung der USA zu etwas bewegen könnte, ohne die wir im kleinen Europa mit seinen vielen Nationalstaaten nicht viel ausrichten können.

Was ist heute links? Ich finde die Liste von Tony Judt nicht einmal sozialdemokratisch. Judt ist ein amerikanischer Liberaler. Eine nette Utopie an die Wand malen ist leicht. Man muss dann auch klären, was sie kostet und wer das bezahlt. In der Bundesrepublik – auch das sollte den Linken Auftrieb geben – herrscht in der Tat ein Konsens, der, abgesehen von wenigen Abstrichen, durch alle Parteien hindurchgeht: Die Menschen wollen den Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn kennen, bewahren. Dem müssen sich die Parteien anbequemen.

In Brasilien ist linke Politik etwas anderes. Dort bedeutet sie, z.B. dafür zu sorgen, dass Bauern Wasser bekommen. Man kann solche nationalen Interessen nur schwer miteinander vermitteln. Man kann Dinge nur beeinflussen, wenn man transnational gemeinsam handelt. Damit haben die Gewerkschaften ein großes Problem. Zwar kooperieren die Gewerkschaften der verschiedenen europäischen Länder miteinander, aber es ist beispielweise für den DGB natürlich vollkommen ausgeschlossen, von der Schwestergewerkschaft in Rumänien zu fordern, diese solle ihre Lohnforderungen derart hoch ansetzen, dass kein deutsches Unternehmen nach Rumänien abwandert.

Meyer: Vielleicht der wichtigste Punkt, der Linke von anderen unterscheidet, sind die sozialen Bürgerrechte, das Prinzip soziale Bürgerschaft. Es muss staatlich garantiert sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Würde zusammenleben. Was wären denn aus Ihrer Sicht die wichtigsten Projekte in Deutschland, um das zu gewährleisten?

Schwan: Der Mindestlohn, weil er verhindern kann, dass Marktmechanismen die Würde der arbeitenden Menschen verletzen. Es gehört zur Würde der Menschen, dass sie von ihrer Arbeit leben können. Dann die gleiche Bildung für alle Menschen, ganz früh beginnend und kompensatorisch gegenüber Schwierigkeiten des Elternhauses, aus dem man kommt. Das gibt der jungen Generation die Möglichkeit, sich in einer unübersichtlichen Welt besser zurechtzufinden. Das ist gerade auch unter der Bedingung hoher Staatsschulden das Gerechteste. Denn das sind Investitionen in die Zukunft der jetzt le-

benden Kinder, die diese Schulden ja als Erwachsene zurückzahlen werden.

Nun zur europäischen Ebene: Die Gewerkschaften greifen doch genau das von Franziska Augstein genannte Problem auf. Wir dürfen in Europa nicht alles über einen Kamm scheren, was Lohn-, Sozialleistungen und Steuern betrifft, aber wir dürfen andererseits auch kein zu großes Gefälle zwischen den Staaten entstehen lassen. Da die Wirtschaftsentwicklung ohnehin dafür sorgt, dass die Lohn- und Sozialleistungsforderungen größer werden in den Ländern, die jetzt langsam aufholen, besteht durchaus eine Konvergenz zwischen ökonomischer Entwicklung und politischer Regelung. Wir können Sozialleistungen in den Ländern so in Finanzkorridoren vorsehen, dass ein abgestimmtes Verhältnis von Netto-Individualeinkommen, Sozialleistungen und Steuern entsteht. Die Eurokrise hat erzwungen, dass endlich der Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten der EU eingeschränkt wird. Wir müssen, um nicht unterzugehen,

alle Länder in unsere Solidarität einbeziehen. Wir müssen eine abgestimmte Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben und dürfen uns nicht vom Investitionskapital gegeneinander in einen ruinösen Standortwettbewerb treiben lassen.

Ich habe nie daran geglaubt, dass es eine grundsätzliche Alternative zu einer Wirtschaftsordnung mit Privatkapital und Markt gibt. Aber man kann sie sehr unterschiedlich beeinflussen. Es gibt eben doch eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Wäre die innere Logik des Kapitalismus wirklich so stark, dass man politisch gar nichts an ihm verändern kann, dann könnte die Linke einpacken. Ich glaube an Alternativen.

Meyer: Wir haben weltweit sehr unterschiedliche Beispiele wie Kapitalismus reguliert, eingebettet und mit Sozialstaatlichkeit verbunden ist. Kapitalismus ist in Schweden etwas ganz anderes als in den USA, in Frankreich oder Japan. Die Rhetorik »der Kapitalismus ist in der Krise« suggeriert oft, jenseits des Kapitalismus überhaupt gäbe es noch eine ganz andere Wirtschaftsform. In Wahrheit ist jede wirkliche Alternative, die sich realisieren lässt, eine andere Variante des Kapitalismus, freilich mit sehr gravierenden Folgen: z.B. effektive Regulierung und gerechter Sozialstaat. Welches Modell sollte aus der aktuellen Finanzmarkt- und Kapitalismuskrisis als eine glaubwürdige linke Alternative hervorgehen?

Brie: Eine solidarische Mischwirtschaft, womit ich mich eindeutig auf den *Green New Deal* beziehe. Unterschiedliche Rechts- und Eigentumsformen haben in den jeweiligen Sektoren ganz unterschiedliche Funktionen. Es gibt in der Linken die unselige Tradition, jede unternehmerische Tätigkeit als kapitalistisch zu denunzieren. Daraus resultiert dann die Vorstellung, wir müssten (wie in Kuba) jeden, der mehr als vier Stühle vor seinem Restaurant aufstellt,

eindämmen und jeden, der mehr als zwei Leute anstellt, verstaatlichen. Das ist Wahnsinn! Kapitalismus ist eine Gesellschaft, in der Profit und Wirtschaft dominieren. Ich glaube, die historischen Erfahrungen zeigen, dass es möglich ist, diese Profit- oder »Kapitallogik«, um mit Marx zu sprechen, zurückzudrängen.

Drei Beispiele: Wenn wir dem Vorschlag Gesine Schwans folgen und gemeinsame europäische Korridore für Löhne, Steuern und Sozialabgaben schaffen in Abhängigkeit vom Entwicklungsniveau, bekommen wir eine Dynamik nach oben, welche die Bedingungen für linke Politik in den Ländern verbessert. Derzeit aber haben wir eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der Deutschland massiv den Reallohn eingefroren hat, der in anderen Ländern währenddessen um 15, 20 und, wie in Griechenland, um bis zu 40 % gestiegen ist. Eine solche Union muss auseinander fliegen. Wir brauchen mehr Gleichgewicht, was sowohl eine europäische als auch eine nationale Aufgabe ist.

Zum Wohlstandsmodell: Die Abwrackprämie hat Millionen Bürgerinnen und Bürger zum Kauf neuer Autos motiviert. Wir brauchen aber Alternativen zur Autogesellschaft, ein entgeltfreies System des öffentlichen Personennahverkehrs, um es attraktiv zu machen, anders zu leben und das ungeheuer energie- und materialaufwändige Auto zumindest zurückzudrängen. Dieses Modell kann übrigens auch in die Entwicklungsländer exportiert werden und dort Mobilität ermöglichen. Die bei uns gemeinsam erkämpften Lösungen dienen so den Menschen in den Entwicklungsländern.

Genauso verhält es sich mit einer Finanztransaktionssteuer: Diese nützt uns, und die Gewinne aus ihr ließen sich einsetzen für die Förderung sozialer Sicherungssysteme in der Dritten Welt – ein Beitrag, der beiden Seiten nützt, ein globaler Gesellschaftsvertrag. Ich sehe keinen Widerspruch zwischen nationalen und internationalen Lösungen.

Meyer: Sven Giegold, teilen Sie diese Vorstellung? Ein neues Wohlfahrtsmodell nur ökologisch zu verstehen, greift zu kurz, es muss umfassender sein. Die SPD hat seit vielen Jahren an diesem Problem gearbeitet und tiefgreifend die ökologische Dimension und verändertes Wohlstandsdenken in ihr Programm integriert. Bietet dieses Konzept gute Anschlüsse für andere linke Parteien?

Giegold: Ich freue mich, dass Michael Brie sich als Fan des *Green New Deal* outet, das Konzept ist ja nicht überall in den Linken beliebt, weil es nicht die Überwindung des Kapitalismus verspricht. Vielmehr initiiert es Projekte und sucht nach breiten Allianzen, um eine gesellschaftliche Dynamik der Veränderung zu erzielen, indem es Kräftekonstellationen bildet – aus Unternehmen, die in neuen sozialen und ökologischen Sektoren aktiv sind, aus Gewerkschaften in diesen Bereichen und aus sozial-ökologischen Initiativen. Ziel ist, sozial-ökologische Veränderungen im Bereich der Wirtschaft voranzubringen. Es verbindet den sozial-ökologischen Umbau mit Arbeitsplatzbeschaffung. 23 % der Grünen-Wähler in NRW haben uns *wegen* unserer Wirtschaftskompetenz gewählt. Das ist eine Revolution! Bisher waren dies nur 3 %.

Bei der SPD findet man diese Ansätze auch, aber wenn es konkret wird, steht die SPD im Zweifelsfall an der Seite der Arbeitnehmer in den Verschmutzerindustrien. Ökologischer Umbau bedeutet aber, dass wir neue Jobs in neuen Bereichen schaffen, und akzeptieren, dass es dann eben in den zu überwindenden Bereichen weniger Jobs gibt. Man kann nicht für die erneuerbaren Energien und gleichzeitig für die Kohle –oder die Atomkraftwerke streiten. Man muss sich dann auch trauen, dass die IG BCE in NRW nicht glücklich ist, aber das wagt die SPD nicht. Genau das ist der Grund, weshalb es viele Grüne in die Überlegung treibt: Dann können wir

doch genauso gut mit der CDU koalieren. Viele unserer Kommunalpolitiker sagen: »Wir koalieren mit der CDU, die sind zwar politisch weit von uns entfernt, aber im Gegensatz zur SPD behandeln die uns wenigstens anständig.« Ich berichte das bloß, ohne dass ich zu Schwarz-Grün konvertiert wäre. Grundsätzlich sehe ich eine sehr große programmatische Konvergenz zwischen der SPD, den Grünen und den Linken, weshalb eine weitere Zusammenarbeit vermutlich nicht scheitern wird. Es gibt aber auch unterschiedliche Tabuzonen. Die zentrale Aufgabe ist es jetzt, systematisch zu analysieren, wo Überschneidungen und wo Widersprüche zwischen den linken Parteien sind. Deshalb haben wir das *Institut Solidarische Moderne* gegründet, um an diesen Fragen zu arbeiten.

Es gibt eine breite Koalition, den Finanzmarktkapitalismus einzuhegen. Im Europaparlament haben wir gerade erst in einem parteiübergreifenden Konsens eine starke europäische Finanzaufsicht beschlossen. Dieses breite Bündnis löst aber nicht alle Probleme der Linken. Die Einhegung des Finanzmarktkapitalismus bedeutet nicht das Eintreten für eine Gesellschaft, die Gleichheit und die gleiche Würde aller garantiert. Letzteres bleibt aber ein zentrales Projekt der Linken, denn in diesem Punkt gibt es keinen breiten gesellschaftlichen Konsens. Die große Herausforderung besteht darin, eine Mehrheit der Gesellschaft davon zu überzeugen, dass wir mit einem solchen Projekt ernsthafte Politik machen können, ohne das Land in wirtschaftliche Probleme zu stürzen. Die meisten glauben doch nach wie vor, dass wir als Linke jenseits richtiger Werte derzeit keine Antwort darauf haben, wie Arbeit und Zusammenhalt gleichzeitig organisiert werden können.

Schwan: Wenn unsympathische Sozialdemokraten die Grünen schlecht behandelt haben, dann tut mir das leid. Es hat mög-

licherweise auch mit der Geschichte der Entstehung der Grünen zu tun, die von vielen Sozialdemokraten immer noch nicht als ganz legitim angesehen werden, weil sie die SPD verlassen haben. Linke Politik wendet sich immer auch an Menschen, die besondere Probleme haben. Die besonderen Probleme der Anhängerschaft der Grünen liegen nicht bei OPEL und VW, denn sie sind eine soziale Schicht, die eben nicht die typischen Arbeiterprobleme hat. Das heißt nicht, dass alle Gewerkschaften immer eine aufgeschlossene Politik machen, aber die Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratie müssen sehr viel größere Teile der Gesellschaft mit ihren sozialen Lagen und Interessen einbeziehen als die Grünen. Es ist nicht ganz einfach, zu den gemeinsamen programmatischen Zielen zu kommen und dabei einen großen Teil der Gesellschaft auch in ihrer konkreten schwierigen Lage zu akzeptieren.

Giegold: Das ist nicht mehr die aktuelle Situation. Die Daten, die uns vorliegen, sagen, dass wir als Grüne inzwischen ein Wählerpotenzial von 50 % haben, d.h. 50 % der Menschen können sich vorstellen, grün zu wählen. Dieser Wert lag noch vor wenigen Jahren bei maximal 25 bis 30 %. Wir besetzen also keine kleine Nische mehr. Und das liegt daran, dass Gewerkschafter in vielen Branchen erkennen, dass die beste Politik zum Erhalt der Automobilindustrie in Deutschland derzeit nicht von der Sozialdemokratie gemacht wird, die in Brüssel nach wie vor lasche CO₂-Grenzwerte vertritt, sondern von den Grünen, die den Innovationsmotor anschmeißen, damit die modernen Autos der Zukunft bei uns produziert werden.

Meyer: Gibt es in der programmatischen Substanz, in den politischen Zielvorstellungen von Sozialdemokratie, Grünen und Linkspartei Ihrer Wahrnehmung nach so etwas wie ein Mitte-Links-Projekt? Was verfolgen diese Parteien latent gemeinsam

und unter welchen Bedingungen könnte das politisch einflussreich werden in der Bundesrepublik?

Giegold: Es gibt auf der Ebene der einzelnen Politikvorschläge sehr viel Konvergenz, aber auch ein enormes Misstrauen der Menschen in die Fähigkeit der Akteure, das dann umzusetzen. Deshalb gehen viele von denen, die die gesellschaftliche Machtbasis dafür sein müssten, nicht mehr zur Wahl. Deshalb ist es eine ganz fundamentale Zukunftsfrage für die Linke, sich des Projekts der Demokratie neu anzunehmen, und zwar sowohl bei den Partizipationsmöglichkeiten wie bei der Qualität der Ergebnisse. Wir Grüne haben dazu eine Demokratiekommision, Linke und SPD arbeiten meines Wissens ebenso daran. Ein Projekt, für das als Linke gemeinsam zu arbeiten sich besonders lohnt.

Brie: Den Begriff »Mitte-Links« sollten wir überdenken. Wir brauchen eine wirkliche Richtungsänderung. Wir sollten vor allem den Mut aufbringen, zu unseren eigenen Parteiprogrammen und Überzeugungen zu stehen und zu sagen: Ökologisch rechnet es sich, sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Mindestlöhne sind nicht wirtschaftsschädigend, sondern fördernd, und sichere Renten sorgen dafür, dass die Leute ihr Geld nicht sparen, sondern investieren. Wir sollten endlich Mut zu linken Ideen haben. Das betrifft die Frage nach Demokratie ebenso wie die nach Frieden. Die Linke braucht mehr Mut für ein linkes Projekt.

Schwan: Ein linkes Projekt kann nur noch global gedacht und umgesetzt werden. Die politische Legitimation geschieht jedoch national, das ergibt eine schwierige Diskrepanz, macht aber das linke Projekt nicht unmöglich. Nur muss man dazu neue Akteure, Formen und Prozeduren der politischen Zusammenarbeit finden. *Good Governance* ist für ein linkes Projekt unver-

zichtbar. Es ist ein reformistisches Projekt, kein klassenkämpferisches. Es ist eines der antagonistischen Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren. Dafür braucht man politische Reife. Es ist gar nicht schwer, das programmatisch zu beschreiben, Vertrauen in demokratische Politik wird aber nur über Personen wieder gewonnen werden, nicht über Programme.

Meyer: Wenn sich so etwas für die Bundesrepublik abzeichnet, wäre das ein Projekt, das in den Medien, so wie sie sind in unserer Republik, irgendeine Chance der

ernsthaften Debatte und Vermittlung hätte? Sind die gesellschaftlichen Bedingungen, die ja erst mal erfüllt sein müssten, schon reif dafür?

Augstein: Man muss die Reife mitunter befördern. Die SPD blickt immer auf die Industrie, die CDU und die einflussreichen Lobbyisten. Und wenn sie ein Zucken im Augenwinkel vernimmt, sagt sie: »Oh nein, nein, mit der PDS oder der Linkspartei reden wir natürlich nicht.« Es ist an der Zeit, dass sich die SPD von der Angst vor allem, was linker ist als sie, emanzipiert.

Gespräch mit Elke Ferner

»Das Ganze ist im Grunde eine Totgeburt«

Zur Reform des Gesundheitssystems

Elke Ferner ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für die Bereiche Gesundheit und Soziales. Dem Kopfpauschalmodell der Bundesregierung setzt die SPD die solidarische Bürgerversicherung entgegen. Ferner erläutert gegenüber der NG/FH die Unterschiede und macht deutlich, in welcher Konstellation das SPD-Modell Realisierungschancen hat. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: In der Bundesrepublik besteht ja eine ausgeprägte Zwei-Klassen-Medizin. Die schwarz-gelbe Koalition will diese verfestigen und die Spaltung in Zukunft sogar noch verschärfen. Was ist der Kern des SPD-Konzepts zur Überwindung dieser Zwei-Klassen-Medizin?

Elke Ferner: Wenn die schwarz-gelbe Koalition ihre Pläne zur Einführung einer Kopfpauschale umsetzt und darüber hinaus, so wie es in ihrem Koalitionsvertrag angelegt ist, den Leistungskatalog einfriert, wird es sogar eine Drei-Klassen-Medizin geben. Wir wollen, dass alle Menschen, egal wo sie versichert sind, egal wie hoch ihr Einkommen ist, die medizinischen Leistungen bekommen, die sie brauchen,

die notwendig sind und vor allem auch medizinische Leistungen bekommen, die dem Stand des medizinischen Fortschrittes entsprechen, und nicht Leistungen und Behandlungen von gestern und vorgestern. Das ist der zentrale Unterschied in Verbindung mit der Frage, wie unser Gesundheitssystem finanziert wird: Weiterhin solidarisch wie seit dem Beginn unserer Krankenversicherung oder findet eine schleichende Entsolidarisierung und damit auch eine Zerschlagung unseres Sozialversicherungssystems statt.

NG/FH: Ist der Unterschied zwischen der solidarischen Bürgerversicherung und der Kopfprämie wirklich so prinzipiell? Einige behaupten ja, am Ende seien infolge des